

Winterthur schmettert teure Technik für Parlamentssaal ab

Abstimmung Winterthur will nicht 947'000 Franken für eine technische Aufrüstung des Parlamentssaals ausgeben. Das zeigte die Abstimmung am Sonntag sehr klar.

Deborah von Wartburg

Die Winterthurer Stimmbewölkerung lehnt den Zusatzkredit von 947'000 Franken für einen modernen Ausbau des Parlamentssaals mit 63 Prozent deutlich ab. Die Stimmbeteiligung der Abstimmung am Sonntag lag bei 49 Prozent.

Winterthurs Parlamentssaal muss saniert werden. Die Frage ist, wie sehr. Der erste, bereits vor einem Jahr bewilligte Sanierungsvorschlag für den Saal umfasst einen neuen Holzboden, neue Möbel und eine einfache Neuinstallation der audiovisuellen Technik. Dazu gehören Mikrofone und eine Abstimmungsanlage an jedem Pult. Zudem ein halbautomatisiertes Kamerasystem und ein neues WLAN. Diese Lösung kostet 371'600 Franken.

Zusatzkredit kam nicht gut an

Nachdem der erste Technik-Vorschlag vom Parlament gutgeheissen worden war, sah eine Delegation im Glarner Kantonsparlament eine modernere Lösung. Diese gefiel dem Parlament besser als die bereits bewilligte. Sie kostet aber auch deutlich mehr Geld. Also wurde ein Zusatzkredit von 947'000 Franken beantragt.

Die «Glarner Lösung», über die am Sonntag abgestimmt wurde, hätte ein vollständiges Konferenz- und Abstimmungssystem und ein Kamerasystem mit vollautomatischer Steuerung umfasst. Damit wäre ein Livestream möglich gewesen, bei dem Traktanden und Namen der Sprechenden Personen automatisch eingeblendet worden wären. Gegen diese «Glarner Lösung» hatte die bürgerliche Parlamentshälfte ein Referendum eingereicht, da ihr der Zusatzkredit zu hoch war.

Der Kredit wurde in allen Stadtteilen abgelehnt. In den bürgerlichen deutlicher als in den links wählenden: In Wülflin-



Die Winterthurerinnen und Winterthurer wollen keine Million in den Parlamentssaal stecken. Foto: M. Schoder

Abstimmungsergebnis

| Moderne Technik im Stadtparlamentssaal | | | |
|--|---------------|---------------|-------------|
| Winterthur | Ja | Nein | % JA |
| Altstadt | 3'408 | 4'422 | 43,5 |
| Oberwinterthur | 2'324 | 4'286 | 31,2 |
| Seen | 2'073 | 4'315 | 32,5 |
| Töss | 862 | 1'643 | 34,4 |
| Veltheim | 1'393 | 2'110 | 39,8 |
| Wülflingen | 1'423 | 2'784 | 33,8 |
| Mattenbach | 1'248 | 1'945 | 39,1 |
| Total | 12'731 | 21'505 | 37,2 |

Quelle: Stadt Winterthur / Grafik: da

gen sagen 66 Prozent und in Seen 67 Prozent Nein. In der Altstadt und in Veltheim, die traditionell eher links abstimmen, sind 56 beziehungsweise 60 Prozent dagegen. Die ausgeglichenen Wahlkreise Mattenbach (61 Prozent), Oberwinterthur (65 Prozent) und Töss (66 Prozent) lehnen die Vorlage ebenfalls deutlich ab.

Parlamentsleiter Reto Diener (Grüne) ist enttäuscht darüber, dass das Parlament die modernere Variante nun nicht umsetzen kann. Ob mit der bewilligten

Technik Stadtparlamentssaal

Nachtrags- und Zusatzkredit von 947'200 Franken

Stimmbeteiligung: 49,2%

■ Ja: 12'731 ■ Nein: 21'505



Quelle: Stadt Winterthur

Variante trotzdem ein Livestream umsetzbar sei, sei noch unklar, sagt Diener. «Ich glaube, die Million hat die Leute abgeschreckt.» Ein intensiverer Abstimmungskampf hätte das Ergebnis gemäss Diener nicht verändert. «Die Argumente waren auf dem Tisch.»

Livestreaming «kein Bedürfnis»

Diener findet, das Ergebnis sage indirekt etwas über das Interesse der Bevölkerung an der Lokalpolitik aus. «Ein Livestreaming der Parlamentsdebatten scheint kein Bedürfnis zu sein», sagt er. Allerdings habe es auch im Kanton Glarus anfänglich viel Kritik gegeben, nun werde das Angebot genutzt. «Es ist immer schwierig, etwas Neues einzuführen.»

Die Parlamentarierin Romana Heuberger (FDP) ist zufrieden, dass die Bevölkerung «auf das «Nice-to-have» verzichtet». Andere Projekte wie Schulhäuser und die FCW-Tribüne seien den Winterthurerinnen wichtiger. «Die Bürger setzen Prioritäten», sagt Heuberger. «Das Livestreaming ist unnötig», sagt sie.

Es könne sein, dass das deutliche Nein zur Modernisierung auch ein Politdesinteresse der Bevölkerung zeige, sagt Heuberger. Und fügt an: «Aber dann wäre es ja umso schlimmer, wenn wir eine Million Franken in ein Angebot investieren, das nicht genutzt wird.» Wie das Parlament am Sonntag in einer Mitteilung schreibt, soll der Ratssaal im Jahr 2023 saniert werden.